

Universelle soziale Sicherung für Klimaschutz und einen gerechten Übergang



Erstmals ist mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung zumindest teilweise sozial abgesichert. Dieser Fortschritt ist zwar begrüßenswert, doch die ungeschönte Realität lautet: 3,8 Milliarden Menschen sind noch immer ohne jegliche Absicherung. Die zwingende Notwendigkeit, das Menschenrecht auf soziale Sicherheit für alle Wirklichkeit werden zu lassen, wird noch dringlicher in Anbetracht der Rolle, die die soziale Sicherung bei der Bewältigung einer noch viel größeren Herausforderung spielen muss, nämlich der Notwendigkeit von Klimamaßnahmen und eines gerechten Übergangs zur Bewältigung der globalen Dreifachkrise, die unsere Welt gefährdet: Klimawandel, Umweltverschmutzung und Verlust der biologischen Vielfalt. Die Klimakrise stellt die größte Bedrohung für die soziale Gerechtigkeit dar, denn die Erwärmung droht wichtige Kipppunkte zu überschreiten, die bereits jetzt erreicht sind.

Infolgedessen müssen wir dringend reagieren, indem wir rasch in Richtung eines gerechten Übergangs umsteuern. Universellen sozialen Sicherungssystemen kommt eine wichtige Rolle dabei zu, die klimapolitischen Ambitionen zu verwirklichen und einen gerechten Übergang zu erleichtern. Dieser Bericht bietet einen globalen Überblick darüber, welche Fortschritte seit 2015 in aller Welt bei der Ausweitung der sozialen Sicherheit und dem Aufbau von auf Rechte gegründeten sozialen Sicherungssystemen erzielt wurden, wobei besonders genaues Augenmerk auf die Klimakrise und das Erfordernis eines gerechten Übergangs gerichtet wird. Damit trägt der Bericht maßgeblich zum Überwachungsrahmen der Agenda 2030 bei.¹ Er fordert politische Entscheidungsträger, Sozialpartner und andere Interessengruppen auf, sich rascher darum zu bemühen, Lücken in der sozialen Sicherung zu schließen und zugleich ambitionierte Klimamaßnahmen durchzuführen.

Aus dem Bericht lassen sich fünf Botschaften ableiten:

▶ Soziale Sicherung leistet einen wichtigen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel sowie zu dessen Abschwächung. Sie ist von grundlegender Bedeutung für die Anpassung an den Klimawandel,² da sie die Grundursachen von Verletzlichkeit bekämpft, indem sie Armut und soziale Ausgrenzung verhindert und Ungleichheit verringert. Sie stärkt die Fähigkeit der Menschen, klimabedingte Schocks vorausschauend zu bewältigen, indem sie Einkommenssicherheit und Zugang zur Gesundheitsversorgung bietet. Durch ihre positiven Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung, produktive Investitionen und die Diversifizierung der Lebensgrundlagen trägt sie zudem zur Steigerung der Anpassungsfähigkeit bei, auch in Bezug auf künftige Generationen. Darüber hinaus können soziale Sicherungssysteme auch dafür genutzt werden,

Verluste und Schäden auszugleichen, insbesondere wenn sie über einen hohen Deckungsgrad verfügen und eine entsprechende Vorbereitung gewährleistet ist. Soziale Sicherungssysteme sind zudem entscheidend wichtig dafür, die potenziell negativen Auswirkungen von Abschwächungs-3 und anderen umweltpolitischen Maßnahmen auf Menschen und Unternehmen abzufedern und entsprechende Entschädigung zu leisten. Im Zusammenspiel mit aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen können sie den Menschen den Übergang zu grüneren Arbeitsplätzen und einer nachhaltigeren Wirtschaftspraxis erleichtern. Soziale Sicherung kann die Maßnahmen zur Abschwächung des Klimawandels auch unmittelbar unterstützen. Einige der Optionen zur Förderung von Emissionssenkungen sind die Ökologisierung der öffentlichen Rentenfonds, die Umwandlung staatlicher Subventionen für fossile Brennstoffe in Sozialleistungen und die Bereitstellung von Einkommensunterstützung als Maßnahme, um von schädlichen Aktivitäten abzuhalten und so zum Schutz und zur Wiederherstellung wichtiger natürlicher Kohlenstoffsenken beizutragen.

- ▶ Die soziale Sicherung kann damit Klimamaßnahmen unterstützen und ist ein Katalysator für einen gerechten Übergang und mehr soziale Gerechtigkeit. Wenn soziale Sicherungssysteme Bestandteil integrierter Politiklösungen sind, werden sie den mit Abschwächungs- und Anpassungsmaßnahmen verbundenen Anforderungen ausgewogen gerecht. Sie tragen dazu bei, das Einkommen, die Gesundheit und die Arbeitsplätze der Menschen sowie die Unternehmen vor Klimaschocks und den nachteiligen Auswirkungen der Klimapolitik zu schützen. Soziale Sicherung fördert eine produktive Risikobereitschaft und eine vorausschauende Planung und kann so sicherstellen, dass alle – auch die am stärksten Gefährdeten – von den Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel profitieren können. Sie kann betriebliche Umstrukturierungen erleichtern, den Lebensstandard schützen, den sozialen Zusammenhalt aufrechterhalten, Verletzlichkeit verringern und so zum Aufbau von durch mehr Fairness und Inklusion geprägten Gesellschaften sowie nachhaltigen und produktiven Wirtschaften beitragen. Soziale Sicherung allein reicht jedoch nicht aus sie muss Hand in Hand mit anderen Politiken gehen, um wirksame Abschwächungs- und Anpassungsmaßnahmen zu ermöglichen, die für einen lebenswerten Planeten so überaus wichtig sind.
- Entschlossenes politisches Handeln ist vonnöten, um soziale Sicherungssysteme zu stärken und sie an die neuen Gegebenheiten anzupassen, insbesondere in den am stärksten durch den Klimawandel gefährdeten Ländern,

¹ Aufgrund von Verbesserungen der Methodik, erweiterter Datenverfügbarkeit und länderspezifischen Überarbeitungen sind die Schätzungen nur eingeschränkt mit den vorhergehenden Ausgaben des Weltberichts zur sozialen Sicherung (World Social Protection Report) vergleichbar.

² Unter Anpassung an den Klimawandel versteht man den Prozess der Anpassung an den tatsächlichen oder erwarteten Klimawandel und seine Auswirkungen, um Schäden zu begrenzen oder positive Möglichkeiten zu nutzen.

Die Abschwächung des Klimawandels bezieht sich auf Maßnahmen, die etwa dazu beitragen, die Geschwindigkeit des Klimawandels zu verlangsamen (z.B. das Belassen fossiler Brennstoffe im Boden) oder die Senken für Treibhausgase, die zur Verringerung der Treibhausgase in der Atmosphäre beitragen, zu verbessern und zu schützen (z.B. Wälder, Böden und Ozeane).

in denen die soziale Absicherung am geringsten ist. Soziale Sicherung steigert die Resilienz von Menschen, Wirtschaften und Gesellschaften, indem sie eine systematische Politiklösung für einander verstärkende Risiken im Lebensverlauf sowie klimabedingte Risiken (die sich mit einer Erderwärmung um jede weitere Dezimalstelle möglicherweise immer weniger voneinander trennen und abgrenzen lassen) bietet. In diesem Zusammenhang müssen politische Entscheidungsträger ein doppeltes Ziel erreichen: Sie müssen eine Klimapolitik verfolgen, die die Abschwächungs- und Anpassungsbemühungen unterstützt und so die Klimakrise eindämmt, und zugleich die soziale Sicherung im Hinblick darauf stärken, sowohl gewöhnliche Risiken im Lebensverlauf als auch Klimarisiken zu bewältigen. Vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Risikolandschaft müssen Entscheidungsträger sicherstellen, dass ihre sozialen Sicherungssysteme mit beiden Arten von Risiken umgehen können.

▶ Die Fähigkeit von sozialen Sicherungssystemen, zu einem gerechten Übergang beizutragen, wird jedoch durch anhaltende Lücken im Deckungsgrad, der Angemessenheit von Sozialleistungen und ihrer Finanzierung beeinträchtigt. Diese Lücken stehen der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 im Wege. Investitionen in die Verstärkung der sozialen Sicherungssysteme sind für einen erfolgreichen gerechten Übergang unerlässlich. Die Kosten des Nichthandelns sind gewaltig, und es wäre unvernünftig und unvorsichtig, nicht zu investieren. Der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme ist daher ebenso ein logisches Gebot wie eine dringende Notwendigkeit. Ohne Investitionen in universelle soziale Sicherungssysteme wird die Klimakrise

- bestehende Verletzlichkeiten, Armut und Ungleichheiten verschärfen, wenn doch genau das Gegenteil erforderlich ist. Zudem erfordert die Realisierung von ehrgeiziger Klima- und Umweltpolitik soziale Sicherheit, um die Unterstützung der Öffentlichkeit zu gewinnen. Die Menschenrechtsinstrumente und die internationalen Normen im Bereich der sozialen Sicherheit liefern eine unerlässliche Orientierungshilfe für den Aufbau universeller sozialer Sicherungssysteme mit der Fähigkeit, auf diese Herausforderungen zu reagieren und das Menschenrecht auf soziale Sicherheit für alle zu verwirklichen.
- ▶ Soziale Gerechtigkeit muss bei Klimamaßnahmen und einem gerechten Übergang berücksichtigt werden, und dabei müssen die Menschenrechte im Mittelpunkt stehen. Soziale Sicherheit kann mit dafür sorgen, dass niemand zurückgelassen wird. Sie kann dazu beitragen, seit Langem bestehende, durch die Klimakrise noch verstärkte weltweite und innerstaatliche Ungleichheiten und Benachteiligungen zu beseitigen. Die Klimakrise kann nur durch gemeinsame Anstrengungen überwunden werden, wenngleich die Verantwortung dafür je nach den Kapazitäten unterschiedlich ausfällt. Es muss anerkannt werden, dass eine besondere Verantwortung für Abhilfemaßnahmen bei den Hauptverantwortlichen für die Krise liegt. Dies hat erhebliche Konsequenzen sowohl für die Finanzierung von sozialer Sicherheit auf innerstaatlicher Ebene als auch für die Rolle der internationalen finanziellen Unterstützung für Länder mit unzureichenden wirtschaftlichen und fiskalischen Kapazitäten, die am wenigsten zur Krise beigetragen haben, aber deren Hauptlast tragen. Dies stellt ein zentrales Element von sozialer Gerechtigkeit dar.

Trotz Fortschritten werden Milliarden von Menschen zurückgelassen und sind nicht auf Risiken im Lebensverlauf und kommende Klimaschocks vorbereitet

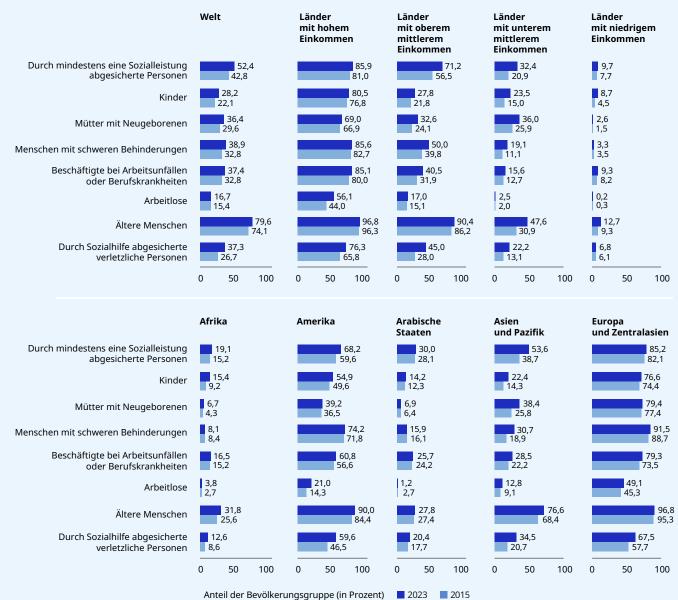
Seit der letzten Ausgabe des Weltberichts zur sozialen Sicherung (World Social Protection Report) hat die soziale Sicherung weltweit einen bedeutenden Meilenstein erreicht. Erstmals ist mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung (52,4 Prozent) durch mindestens eine Sozialleistung abgesichert (SDG-Indikator 1.3.1), während es 2015 noch 42,8 Prozent waren (siehe Abbildung ES.1). Dies ist ein begrüßenswerter Fortschritt.

Sollte dieses Fortschrittstempo auf globaler Ebene anhalten, würde es jedoch weitere 49 Jahre – bis 2073 – dauern, bis alle Menschen durch mindestens eine Sozialleistung abgesichert wären. Dieses Tempo ist zu langsam, um soziale Sicherungslücken zu schließen.

Darüber hinaus entwickelt sich die soziale Sicherung in der Welt derzeit auf zwei sehr unterschiedlichen und voneinander abweichenden Pfaden: Länder mit hohem Einkommen bewegen sich auf eine universelle Absicherung zu (85,9 Prozent), während Länder der oberen mittleren Einkommensgruppe (71,2 Prozent) und Länder der unteren mittleren Einkommensgruppe (32,4 Prozent) bei der Schließung von Absicherungslücken erheblich aufgeholt haben. Gleichzeitig hat sich die Absicherung in den Ländern mit niedrigem Einkommen (9,7 Prozent) seit 2015 kaum erhöht; sie ist auf inakzeptabel niedrigem Niveau.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Bezug auf die gesetzlich vorgeschriebene und die tatsächliche Absicherung sind weltweit nach wie vor erheblich. Der effektive Zugang zu mindestens einer Sozialleistung ist für Frauen noch immer niedriger als für Männer (50,1 gegenüber 54,6 Prozent). Ähnlich verhält es sich bei der umfassenden gesetzlichen Absicherung. Nur 33,8 Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter sind gesetzlich durch umfassende Sozialversicherungssysteme abgesichert. Dabei tritt auch ein ausgeprägtes Geschlechtergefälle zutage, wonach 39,3 Prozent der Männer und 28,2 Prozent der Frauen abgesichert sind – ein Unterschied von 11,1 Prozentpunkten.

▶ Abbildung ES.1. SDG-Indikator 1.3.1: Effektiver Zugang zu sozialer Sicherung, globale, regionale und das Einkommensniveau betreffende Schätzungen, nach Bevölkerungsgruppen, 2015 und 2023 (in Prozent)



Anmerkungen: Eine Erläuterung der Methodik findet sich in Anhang 2. Die globalen und regionalen sowie das Einkommensniveau betreffenden Aggregate sind bevölkerungsgewichtet. Aufgrund von Verbesserungen der Methodik, erweiterter Datenverfügbarkeit und länderspezifischen Überarbeitungen sind die Schätzungen nur eingeschränkt mit denen der vorhergehenden Ausgabe des Weltberichts zur sozialen Sicherung (World Social Protection Report) vergleichbar.

Quellen: IAO-Modellschätzungen, 2024; <u>World Social Protection Database</u>, auf der Grundlage der <u>Erhebung über die soziale Sicherheit</u> (SSI); IVSS, <u>Programme der sozialen Sicherheit weltweit</u>; <u>ILOSTAT</u>; nationale Quellen.

Soziale Sicherungssysteme müssen im Rahmen von breiter gefächerten Politiken zur Beseitigung von Ungleichheiten auf den Arbeitsmärkten, im Bereich Beschäftigung und in der Gesellschaft stärker geschlechtergerecht angelegt werden.

Bei nicht sozialversicherten Personen ist zu beachten, dass die Sozialhilfe oder andere nicht beitragsfinanzierte Geldleistungen eine wesentliche Rolle dabei spielen, zumindest eine soziale Grundsicherung zu gewährleisten. Weltweit ist die Absicherung verletzlicher Personen seit 2015 von 26,7 Prozent auf 37,3 Prozent gestiegen. Dieser Anstieg erklärt sich zum Teil durch die befristeten Politikmaßnahmen, mit denen auf die COVID-19-Pandemie reagiert wurde. Eine höhere Absicherung kann jedoch auch auf einen erhöhten Bedarf aufgrund von zunehmender

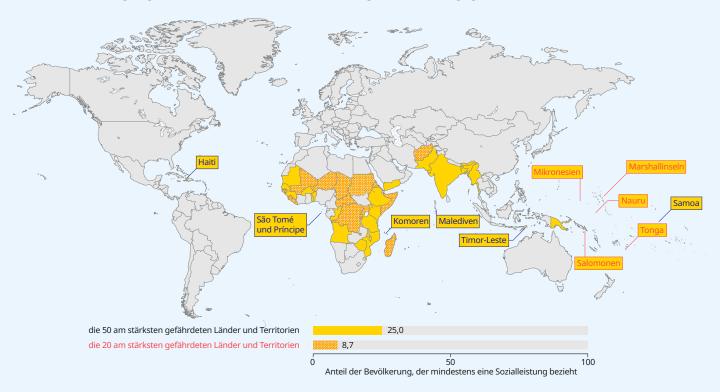
Armut, Verletzlichkeit und Defiziten bei menschenwürdiger Arbeit zurückzuführen sein. Ungeachtet des möglichen Grunds werden größere Anstrengungen benötigt, um Übergänge von der Sozialhilfe in eine menschenwürdige, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (einschließlich selbstständiger Erwerbstätigkeit) zu erleichtern, die ein höheres Absicherungsniveau bietet und den Druck auf staatliche Haushalte verringert.

Eine beängstigende Perspektive: Die durch die Klimakrise am stärksten gefährdeten Länder sind denkbar schlecht vorbereitet

Die Bevölkerung in den Ländern, die von der Klimakrise ganz besonders stark betroffen und am anfälligsten für Klimagefahren sind, ist nach wie vor völlig unvorbereitet. In den 20 am stärksten durch die Klimakrise gefährdeten Ländern sind gerade einmal 8,7 Prozent der Bevölkerung zumindest teilweise sozial abgesichert, d. h. 364 Millionen Menschen sind nicht in vollem Umfang geschützt (Abbildung ES.2). In den 50 Ländern mit der größten Anfälligkeit gegenüber dem Klimawandel sind etwa 25 Prozent der Bevölkerung effektiv abgesichert, was bedeutet, dass 2,1 Milliarden Menschen den Folgen des Klimawandels schutzlos ausgeliefert und zu deren Bewältigung auf sich allein gestellt sind und allenfalls auf ihr familiäres Umfeld angewiesen sind.

Dies ist vor dem Hintergrund einer unbeständigeren Klimazukunft keine Handlungsoption. Noch trostloser wird die ohnehin elende Lage dieser Menschen durch große Finanzierungslücken, die es nicht erlauben, zumindest einen sozialen Basisschutz sicherzustellen. Sie beläuft sich in den 20 am stärksten gefährdeten Ländern auf 200,1 Milliarden US-Dollar (was 69,1 Prozent ihres BIP entspricht) und in den 50 Ländern mit der höchsten Anfälligkeit auf 644 Milliarden US-Dollar (entspricht 10,5 Prozent ihres BIP). Die Schließung dieser Finanzierungslücken ist kein unüberwindbares Hindernis, sofern inländische Kapazitäten aufgebaut werden, doch muss die internationale Gemeinschaft dafür konzertierte Unterstützung leisten, insbesondere in den anfälligsten Ländern.

▶ Abbildung ES.2. Die 20 bzw. 50 am stärksten durch den Klimawandel gefährdeten Länder und effektiver Zugang zu zumindest einer Sozialleistung (Geldleistung, gewichteter Durchschnitt), 2023



Anmerkungen: Eine Erläuterung der Methodik findet sich in Anhang 2. Die globalen und regionalen Aggregate sind bevölkerungsgewichtet.

Die dargestellten Grenzen implizieren keine Billigung oder Akzeptanz durch die IAO. Siehe vollständiger Disclaimer: ilo.org/disclaimer

Overlag: IAO Schätzungen World Social Protection Database, auf der Grundlage der SSI: IVSS Broggramme der sozialen Sieherheit weltweiter.

Quellen: IAO-Schätzungen, World Social Protection Database, auf der Grundlage der SSI; IVSS, <u>Programme der sozialen Sicherheit weltweit; ILOSTAT</u>; nationale Quellen und <u>Länderindex der Notre Dame Global Adaptation Initiative</u>.

Lücken in der sozialen Sicherung sind durch erhebliche Unterinvestitionen bedingt

Bei der Finanzierung von sozialer Sicherung bestehen noch immer große Lücken. Um zumindest eine soziale Grundsicherung in Form eines national definierten sozialen Basisschutzes zu garantieren, benötigen die Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen jährlich zusätzlich 1,4 Billionen US-Dollar bzw. 3,3 Prozent des aggregierten BIP (2024) dieser Länder, bestehend aus 2,0 Prozent des BIP bzw. 833,4 Milliarden US-Dollar für die gesundheitliche Grundversorgung und 1,3 Prozent des BIP bzw. 552,3 Milliarden US-Dollar für fünf Sozialschutzleistungen. Genauer gesagt müssten die Niedrigeinkommensländer jährlich zusätzlich 308,5 Milliarden US-Dollar bzw. 52,3 Prozent ihres BIP investieren, was ohne internationale Unterstützung kurzfristig nicht realisierbar ist.

Die Bestrebungen, Lücken beim Deckungsgrad, Umfang und der Angemessenheit von sozialen Sicherungssystemen zu schließen, werden durch erhebliche Unterinvestitionen gebremst. Im Durchschnitt wenden die Länder 12,9 Prozent ihres BIP für Sozialleistungen (ohne Gesundheit) auf, doch hinter diesem Wert verbergen sich gewaltige Unterschiede. Länder mit hohem Einkommen investieren im Durchschnitt 16,2 Prozent ihres BIP, Länder der oberen mittleren Einkommensgruppe 8,5 Prozent, Länder der unteren mittleren Einkommensgruppe 4,2 Prozent und Länder mit niedrigem Einkommen magere 0,8 Prozent.

Eine Steigerung des Leistungsniveaus von Sozialleistungen ist ebenfalls unabdingbar. Anhaltende Absicherungslücken hemmen das Potenzial von Sozialleistungen für die Verhütung und Minderung von Armut und für ein Leben in Würde. Sicherzustellen, dass die Menschen im gesamten Lebensverlauf angemessene Leistungen erhalten, ist entscheidend für die Gewährleistung eines sozialen Basisschutzes und das Bemühen um einen höheren Leistungsumfang. Die Klimakrise wird höchstwahrscheinlich zu einem erhöhten Bedarf führen, auch infolge höherer Preise, was mit entsprechend höheren Erwartungen der Öffentlichkeit in Bezug auf angemessene Leistungen eingehen dürfte.

Damit soziale Sicherungssysteme ihr Potenzial für die Bewältigung von Risiken im Lebensverlauf und die Reaktion auf den Klimawandel voll entfalten können, müssen sie weiter gestärkt werden. Daher gilt es, zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen, um einen universellen, umfassenden und angemessenen Schutz zu gewährleisten und zugleich sicherzustellen, dass soziale Sicherungssysteme solidarisch und nachhaltig finanziert sind. Die Kosten unterlassener Investitionen in soziale Sicherung sind gewaltig und umfassen Produktivitäts- und Wohlstandsverluste, eine erhöhte Gefährdung des sozialen Zusammenhalts, eine Verschwendung menschlicher Fähigkeiten, unnötiges Leid, Krankheitshäufigkeit und vorzeitige Sterblichkeit und viele weitere negative sozioökonomische Auswirkungen.

▶ 1,8 Milliarden Kinder sind nach wie vor ohne soziale Sicherheit

Wichtige Punkte:

- ▶ Die große Mehrheit der Kinder genießt nach wie vor keine soziale Sicherheit. Bei Kindern im Alter von 0 bis 18 Jahren erhalten 23,9 Prozent familien- oder kindbezogene Leistungen, was bedeutet, dass 1,8 Milliarden Kinder nicht abgesichert sind. Bei Kindern zwischen 0 und 15 Jahren sind lediglich 28,2 Prozent abgesichert, was gegenüber 2015 einem Anstieg um 6,1 Prozentpunkte entspricht. Somit bleiben 1,4 Milliarden Kindern entsprechende Leistungen versagt.
- ▶ In Ländern mit niedrigem Einkommen erhält weniger als jedes zehnte Kind zwischen 0 und 18 Jahren (7,6 Prozent) Kindergeld oder Familienleistungen, weshalb Millionen von Kindern dem Risiko von Bildungsverlusten, mangelhafter Ernährung, Armut und Ungleichheit

- ausgesetzt sind, die langfristige Auswirkungen haben. Kinder, vor allem wenn sie in Armut leben, sind die Hauptleidtragenden der Klimakrise.
- ▶ Die Klimakrise wird mitunter als strukturelle Gewalt gegen Kinder beschrieben, die ihr Wohl und ihre Zukunftsaussichten beeinträchtigt. Umso wichtiger ist es daher, soziale Sicherungssysteme inklusiver und resilienter zu gestalten, damit sie ihre grundlegenden Ziele weiterhin erreichen und den klimawandelbedingten zusätzlichen Bedarf von Kindern decken können.
- ▶ Die öffentlichen Ausgaben für die soziale Sicherung von Kindern müssen aufgestockt werden. Im Durchschnitt werden weltweit 0,7 Prozent des BIP für Leistungen für Kinder und Familien aufgewandt. Auch hier sind erhebliche regionale Unterschiede mit Werten zwischen 0,2 Prozent in den Niedrigeinkommens- und 1,0 Prozent in den Hocheinkommensländern zu verzeichnen.

Bei Personen im Erwerbsalter bestehen weiter ausgeprägte Absicherungslücken

Wichtige Punkte:

- ▶ Die zwischen 2015 und 2023 verzeichneten weltweiten Trends (auch in Bezug auf den SDG-Indikator 1.3.1) lassen einige, jedoch noch immer unzureichende Fortschritte bei der sozialen Absicherung für Personen im Erwerbsalter erkennen, was bedeutet, dass viele Millionen Menschen nach wie vor nicht oder nicht angemessen geschützt sind. Diese Absicherungslücken werden sich durch Klimagefahren sowie Abschwächungsund Anpassungsmaßnahmen weiter vergrößern.
- ▶ Mutterschutz: Weltweit erhalten 36,4 Prozent der Frauen mit Neugeborenen eine Geldleistung bei Mutterschaft, ein Anstieg um 6,8 Prozentpunkte. Somit beziehen 85 Millionen Frauen mit Neugeborenen keine derartige Sozialleistung. Darüber hinaus bestehen nach wie vor Ungleichheiten beim Zugang zu Angeboten in den Bereichen reproduktive Gesundheit und Gesundheit von Müttern, Neugeborenen und Kindern, und durch den Klimawandel bedingte Gefahren haben Auswirkungen auf die Krankheitshäufigkeit und Sterblichkeit von Müttern und Neugeborenen.
- ▶ Einkommensleistungen bei Krankheit (gesetzliche Absicherung): 56,1 Prozent der globalen
 Erwerbsbevölkerung, d. h. 34,4 Prozent der Bevölkerung
 im Erwerbsalter, haben einen gesetzlichen Anspruch auf
 Einkommensleistungen bei Krankheit. Somit genießen
 4,1 Milliarden Menschen im Erwerbsalter keinen gesetzlichen Schutz. Selbst im Fall einer gesetzlichen Regelung
 können aufgrund von geringer Leistungshöhe, -dauer und
 zu engen Anspruchskriterien Absicherungslücken entstehen. Der Klimawandel bringt neue Herausforderungen
 für die Produktivität und den Schutz bei Krankheit mit
 sich, die sich aus der Ausbreitung bestehender und neuer
 Krankheiten ergeben.
- ► Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten: 37,4 Prozent der Beschäftigten sind im Fall von

- Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten abgesichert, ein Anstieg um 4,6 Prozentpunkte. Dennoch sind 2,3 Milliarden Beschäftigte ohne Absicherung. Diese Lücken verfestigen sich durch nachteilige Arbeitsmarktstrukturen und eine unzureichende Durchsetzung der gesetzlichen Regeln, insbesondere in einkommensschwächeren Ländern. Klimagefahren wie extreme Hitze bewirken ein höheres Risiko von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie einen höheren Arbeitsschutzbedarf.
- ▶ Leistungen bei Behinderung: 38,9 Prozent der Menschen mit schweren Behinderungen erhalten eine Sozialleistung, ein Anstieg um 6,1 Prozentpunkte. Dies bedeutet, dass 146 Millionen Menschen mit starken Behinderungen keine entsprechenden Leistungen beziehen. Die zusätzlichen Dienstleistungen, die Menschen mit Behinderungen benötigen, reichen oft nicht aus, um ihre vielfältigen Bedürfnisse zu decken. Durch den Klimawandel wird die Verletzlichkeit von Menschen mit Behinderungen noch verstärkt.
- ▶ Leistungen bei Arbeitslosigkeit: 16,7 Prozent der arbeitslosen Menschen erhalten Arbeitslosengeld, ein Anstieg um 1,3 Prozentpunkte. Somit sind 157 Millionen Arbeitslose in dieser Hinsicht nicht abgesichert. Für Jugendliche, Selbstständige, Beschäftigte auf digitalen Plattformen, landwirtschaftliche Arbeitskräfte und Arbeitsmigranten besteht im Fall von Arbeitslosigkeit häufig kein Schutz. Zudem sind viele bestehende Sozialsysteme nicht darauf ausgelegt, klimabezogene Herausforderungen zu bewältigen oder die Dekarbonisierung CO₂-intensiver Sektoren zu erleichtern.
- ▶ Ausgabenschätzungen lassen erkennen, dass weltweit 4,8 Prozent des BIP für nicht gesundheitsbezogene öffentliche Sozialleistungen für Menschen im Erwerbsalter bereitgestellt werden. Unzureichende Ausgaben sind ein Grund für Absicherungslücken bei Menschen im Erwerbsalter.

► Für ältere Menschen bestehen noch immer Herausforderungen in Bezug auf den Zugang zu Altersrenten und deren Angemessenheit

Wichtige Punkte:

- Altersrenten sind die weltweit g\u00e4ngigste Sozialleistung.
 Weltweit erhalten 79,6 Prozent der Menschen im Rentenalter eine Altersrente, ein Anstieg um
- 5,5 Prozentpunkte gegenüber 2015. Mehr als 165 Millionen Menschen über dem gesetzlichen Renteneintrittsalter beziehen jedoch keine derartige Leistung.
- Die Gewährleistung von angemessener sozialer Sicherung im Alter ist nach wie vor eine Herausforderung, insbesondere für Frauen, Geringverdiener, Menschen in

- prekären Beschäftigungsverhältnissen, Beschäftigte auf digitalen Plattformen und Arbeitsmigranten. Diese Herausforderungen dürften sich durch den Klimawandel noch verschärfen, und zwar in Form von unfreiwilliger Migration, fragmentierten Erwerbsbiografien oder allgemeinem klimabedingten wirtschaftlichen Druck.
- ▶ In vielen Ländern, vor allem dort, wo informelle Beschäftigung weit verbreitet ist, erfolgt die Absicherung beitragsfinanzierter Renten nicht rasch genug, um eine angemessene Einkommenssicherheit im Alter zu gewährleisten. Die Einführung von steuerfinanzierten Renten stellt eine wichtige Einkommensquelle für ältere Menschen mit unzureichenden Ansprüchen auf eine beitragsfinanzierte Rente dar. In einigen Ländern sind die Leistungen jedoch nicht hoch genug bemessen, um einen sozialen Basisschutz für ältere Menschen zu garantieren.
- ▶ Weltweit belaufen sich die öffentlichen Ausgaben für Renten und andere nicht-gesundheitsbezogene Sozialleistungen für ältere Menschen auf durchschnittlich 7,6 Prozent des BIP. Allerdings gibt es nach wie vor erhebliche regionale Unterschiede, wobei das Ausgabenniveau von 10,5 Prozent des BIP in Europa und Zentralasien bis zu 1,7 Prozent in Afrika reicht.
- Die Klimakrise gefährdet die finanzielle Tragfähigkeit und Angemessenheit der Rentensysteme. Folglich müssen sich die Rentensysteme auf die klimabedingten Risiken einstellen, um die langfristige Tragfähigkeit zu gewährleisten und die Lebensqualität der Begünstigten zu sichern. Zudem können Rentenfonds durch strategische Investitionen in nachhaltige und CO₂-arme Anlagen zur Bekämpfung der Klimakrise beitragen.

► Soziale Sicherung im Bereich Gesundheit: Ein wesentlicher Beitrag zur allgemeinen Gesundheitsversorgung

Wichtige Punkte:

- ▶ Das Recht auf soziale Sicherheit im Bereich Gesundheit ist noch nicht für alle verwirklicht. Während mehr als vier Fünftel (83,7 Prozent) der Weltbevölkerung gesetzlich abgesichert sind, sind nur 60,1 Prozent der Weltbevölkerung wirksam durch Sozialleistungen im Bereich Gesundheit abgesichert. Somit genießen 3,3 Milliarden Menschen keinen entsprechenden Schutz. Seit 2020 stagniert der Anteil der abgesicherten Personen, was auf erhebliche Umsetzungslücken hindeutet. Neben der Ausweitung der sozialen Sicherung kommt es vor allem darauf an, in die Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger Gesundheitsdienste zu investieren.
- ▶ Der Zugang zur Gesundheitsversorgung wird nach wie vor durch Gesundheitsausgaben, die von den Haushalten aus eigener Tasche zu leisten sind, die räumliche Entfernung, Einschränkungen hinsichtlich der Auswahl, Qualität und Akzeptanz von Gesundheitsangeboten, lange Wartezeiten aufgrund des Mangels an Gesundheits- und Pflegepersonal und seiner ungleichen Verteilung sowie

- Opportunitätskosten wie Fehlzeiten und Verdienstausfall erschwert.
- ▶ Die aus eigener Tasche zu bestreitenden Ausgaben für die Gesundheitsversorgung nehmen weltweit zu und drängten 2019 1,3 Milliarden Menschen in die Armut ab. Kollektive Finanzierung, breite Risikostreuung und auf Rechte gegründete Ansprüche sind entscheidende Voraussetzungen für die Förderung eines effektiven Zugangs zu einer Gesundheitsversorgung, die allen zugutekommt und auf Schocks reagieren kann.
- ▶ Um die zentralen Determinanten von Gesundheit anzugehen, müssen der Zugang zur Gesundheitsversorgung und die Einkommenssicherheit dringend enger miteinander verknüpft und besser aufeinander abgestimmt werden. Die Klimakrise wirkt sich unmittelbar auf die Gesundheit der Menschen aus und verschärft zugleich die bestehenden sozioökonomischen Ungleichheiten, die als wichtige Determinanten für gesundheitliche Chancengleichheit wirken. Gesundheit und Wohlbefinden sollten nicht einigen wenigen vorbehalten sein, und in Anbetracht der durch die Klimakrise bedingten Ungleichheiten sind dringende Investitionen vonnöten.

► Es ist an der Zeit, mehr Druck aufzubauen, um eine klimaverträglichere, wirtschaftlich sichere und sozial gerechtere Zukunft zu gestalten

Die Zeit drängt, wenn es darum geht, die galoppierende Erderwärmung zu stoppen und den universellen Zugang zu sozialer Sicherheit zu realisieren, denn bis zum wichtigen Meilenstein 2030 bleiben weniger als sechs Jahre. Es ist an der Zeit, mehr Druck aufzubauen, die Fortschritte bei der sozialen Sicherung voranzutreiben und einen gerechten Übergang zu vollziehen. Dies ist für heutige und kommende Generationen unabdingbar. Dies erfordert erhebliche Investitionen sowie

Entschlossenheit und politischen Willen der nationalen Entscheidungsträger wie auch der internationalen Akteure. Unseren Planeten – und zugleich auch die Gesundheit, das Einkommen, die Arbeitsplätze und die Lebensgrundlagen der Menschen sowie die Unternehmen – zu schützen und ihn lebenswert zu erhalten, ist ein Anliegen, das den politischen Entscheidungsträgern ausreichend Anreiz für den Aufbau von sozialen Sicherungssystemen bieten sollte. Dafür lassen sich mehrere Prioritäten anführen:

- ▶ Für die Abschwächung der Klimakrise und die Herbeiführung eines gerechten Übergangs muss dem Aufbau auf Rechten basierender universeller sozialer Sicherungssysteme ausreichend Aufmerksamkeit ge*schenkt werden.* Die Länder müssen ihre Anstrengungen verstärken, die Klimakrise als existenzielle Bedrohung anzugehen. Soziale Sicherung gehört zu den wirksamsten Politikinstrumenten, mit denen die Regierungen diese Herausforderung auf faire Weise bewältigen können, nämlich indem sie eine angemessene Absicherung für alle Menschen gewährleisten. Dies muss Teil integrierter grundsatzpolitischer Maßnahmen sein. Dadurch können Maßnahmen zum Klimaschutz politische Legitimität erlangen. Die Beseitigung der mit der Klimakrise zwangsläufig einhergehenden Ungleichgewichte erfordert globale Gerechtigkeit, was eine solidarische Finanzierung
- ▶ Durch die Stärkung von sozialen Sicherungssystemen können die Staaten ihre Absicht unter Beweis stellen, ihre Bevölkerung durch einen mit neuem Leben erfüllten Gesellschaftsvertrag zu schützen. Dies ist unerlässlich für die Förderung von Wohlbefinden und sozialem Zusammenhalt und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Eine leistungsfähige soziale Sicherheit stärkt das Vertrauen zwischen Staat und Gesellschaft, kann einen angemessenen Schutz für alle Mitglieder der Gesellschaft garantieren und fördert die Bereitschaft, die Klimamaßnahmen mitzutragen.
- ▶ Die Einlösung des Versprechens, niemanden zurückzulassen, hat nach wie vor höchste Priorität. Dies bedeutet, a) den Schwerpunkt von Armutsminderung auf Armutsverhütung zu verlagern und von unzureichenden sozialen Sicherheitsnetzen zu einem soliden sozialen Basisschutz überzugehen und dabei schrittweise

- ein höheres und angemesseneres Schutzniveau zu erreichen, b) sicherzustellen, dass soziale Sicherungssysteme geschlechtergerecht sind, c) den Zugang zu einer hochwertigen Versorgung und anderen Dienstleistungen zu erleichtern und d) Gesundheit und Wohlbefinden stärker in den Mittelpunkt unserer Volkswirtschaften zu rücken.
- Die Vorbereitung auf Klimaschocks und eine Politik für einen gerechten Übergang machen es erforderlich, dass umfassende soziale Sicherungssysteme bereits im Vorfeld vorhanden sind. Das bedeutet, die richtigen Voraussetzungen zu schaffen und nationale Strategien und -politiken zur sozialen Sicherung im Wege des sozialen Dialogs lieber heute als morgen zu formulieren und umzusetzen. Soziale Sicherungssysteme können dazu beitragen, die Auswirkungen von Krisen zu verhindern, einzudämmen und abzufedern, eine rasche Erholung zu fördern und die Fähigkeit der Menschen zur Bewältigung von Schocks und alltäglichen Risiken zu stärken. In humanitären Krisen erfordert dies eine Zusammenarbeit im gesamten Nexus Humanitäre Hilfe-Entwicklung-Friedensförderung, wobei bestehende Gesundheits- und soziale Sicherungssysteme möglichst umfassend genutzt und systematisch ausgebaut werden sollten.
- ▶ Es muss dringend mehr in die Schaffung universeller und robuster sozialer Sicherungssysteme investiert werden. Die Mobilisierung inländischer Ressourcen ist entscheidend wichtig dafür, sowohl Risiken im Lebensverlauf als auch Klimarisiken nachhaltig und ausgewogen anzugehen. Länder mit begrenzten Haushaltskapazitäten, von denen viele äußerst anfällig für Klimakrisen sind, benötigen internationale finanzielle Unterstützung, damit sie Finanzierungslücken schließen und ihre sozialen Sicherungssysteme aufbauen können.

Es sind enorme Vorteile zu erwarten, wenn universelle soziale Sicherung die ihr gebührende politische Priorität im Rahmen der Klimamaßnahmen und eines gerechten Übergangs erhält. Mit sozialer Sicherung als Bestandteil eines integrierten Politikrahmens kann sichergestellt werden, dass die Vorteile eines neuen, klimaverträglichen Wohlstands, eines mit neuem Leben erfüllten Gesellschaftsvertrags und eines verjüngten, für das Leben und künftige Generationen lebenswerteren Planeten allen zugutekommen. Es ist an den politischen Entscheidungsträgern, diese Chance zu ergreifen.

Soziale Gerechtigkeit voranbringen, menschenwürdige Arbeit fördern

Die Internationale
Arbeitsorganisation ist
die Organisation der Vereinten
Nationen mit dem Mandat für
die Welt der Arbeit. Wir bringen
Regierungen, Arbeitgeber
und Arbeitnehmer zusammen,
um einen am Menschen
orientierten Ansatz für die Zukunft
der Arbeit durch die Schaffung
von Arbeitsplätzen, Rechte bei
der Arbeit, soziale Sicherung und
sozialen Dialog voranzutreiben.

ilo.org